



SACHBERICHT



KAS EUROPABÜRO BRÜSSEL

Welche Zukunft für die Soziale Marktwirtschaft in Europa und Global?

Podiumsdiskussion mit Außenminister Yves Leterme und Dr. Werner Langen MdEP, Moderation Carola Kaps (ehemals Frankfurter Allgemeine Zeitung), 09. November 2009, Europabüro der Konrad-Adenauer Stiftung

Am 20. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer diskutierten der belgische Außenminister Yves Leterme und der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Dr. Werner Langen, über die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft sowohl in Europa und als auch auf globaler Ebene. Es moderierte Carola Kaps.

Angesprochen auf sein kürzlich erschienenen Buch „The Rheinland Model. Social and Sustainable Prosperity“, betonte Leterme, die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise stelle eine Chance dar, um Perspektiven der Sozialen Marktwirtschaft in Europa und global zu erörtern. Er sei stets Befürworter der Sozialen Marktwirtschaft gewesen. Als Schlüsselerlebnis bezeichnete Leterme die Entscheidung der Regierung Bush, die US-Investmentbank Lehman Brothers nicht zu retten. Dieser Beschluss stehe beispielhaft für zahlreiche ideologisch motivierte Entscheidungen, die der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise zugrunde lägen.

Auf theoretischer Ebene differenzierte der Außenminister zwischen drei Wirtschaftsmodellen der Gegenwart: dem Chinesischen Modell, das für Kapitalismus ohne Demokratie stehe, dem Angelsächsischen Modell der freien Marktwirtschaft und dem Rheinland-Modell der Sozialen Marktwirtschaft. Der im flämischen Sprachgebrauch verwandte Begriff „Rheinland-Modell“ wurde Anfang der 90er Jahre durch Michel Albert populär gemacht und steht für eine koordinierte Spielart des Kapitalismus, wobei die deutsche Ökonomie als Referenzmodell gilt. Zwischen dem Angelsächsischen- und dem Rheinland-Modell habe sich im Rahmen der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise eine veritable Konfrontation entwickelt, so Leterme.

Bezugnehmend auf das Rheinland-Modell, ging der Außenminister auf die Diskrepanz zwischen dessen negativer öffentlicher Wahrnehmung und positiven soziökonomischen Ergebnissen ein. Seit Anfang der 90er Jahre seien in Europa die Thesen liberaler Vordenker wie Adam Smith und Milton Friedman massiv propagiert worden. Die Befürworter der Sozialen Marktwirtschaft traten hingegen zu passiv auf, so Leterme. Folge dieser Asymmetrie sei, dass Internetuser bei Recherchen zum Stichwort „Rheinland-Modell“ derzeit vorwiegend auf Kritiken des Modells stießen. Diese negative öffentliche Perzeption stehe jedoch in krassem Gegensatz zu dessen wirtschaftlicher und ethischer Überlegenheit, welche nicht zuletzt die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise aufgedeckt habe.

SACHBERICHT
EUROPABÜRO BRÜSSEL
NOVEMBER 2009

www.eukas.eu

Außenminister Leterme brachte auch die Probleme zur Sprache, mit denen sich die kontinentaleuropäischen Staaten der Sozialen Marktwirtschaft auseinandersetzen müssen: Demographischer Wandel sowie mangelnde Nachhaltigkeit in Wirtschafts- und Umweltpolitik wurden exemplarisch angeführt. Während sowohl kontinentaleuropäische als auch angelsächsische Staaten vor diesen Herausforderungen stünden, stelle die Soziale Marktwirtschaft den adäquatesten Ordnungsrahmen zur Überwindung dieser Probleme dar.

In Reaktion auf diese positive Beschreibung des Rheinland-Modells durch Außenminister Leterme, verwies Kaps auf die geringe Akzeptanz, welche die Soziale Marktwirtschaft in der bundesdeutschen öffentlichen Wahrnehmung erfährt. Nur 31% aller Deutschen seien von der Sozialen Marktwirtschaft überzeugt. Im Osten der BRD sprechen sich, Kaps zufolge, sogar über 52% gegen dieses Wirtschaftssystem aus.

Angesichts dieser Zahlen unterstrich Langen, es gebe noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Zudem vertrat er die Auffassung, die Begriffe Rheinland-Modell und Soziale Marktwirtschaft seien nicht synonym. Während Solidarität den zentralen Wert des Rheinland-Modells ausmache, stehe die Freiheit im Zentrum der Sozialen Marktwirtschaft. Dennoch seien dies die einzigen Modelle, die Freiheit, Sicherheit und Wohlstand mit Verantwortung vereinen.

Die Rolle des Staates sowie die Balance zwischen Staat und Eigenverantwortung müssen, Langen zufolge, neu überdacht werden. Politische Fehlentscheidungen sowie mangelnde Eigenverantwortung wurden für den Ausbruch der Krise mitverantwortlich gemacht. Über Reformen des Regulierungsrahmens hinaus müsse jeder Einzelne zu Einschnitten, wie z.B. der Verschiebung des Renteneintrittsalters, bereit sein. Ein Leben über die Verhältnisse, wie in den USA praktiziert, dürfe sich nicht wiederholen.

Langen stimmte Kaps zu, die Regulierung der Finanzmärkte sei noch immer unvollständig. Eine Mitschuld daran trügen insbesondere Großbritannien und Irland, die im Ministerrat den angelsächsischen *hand-off* Regulierungsansatz propagiert hätten. Ferner habe die Sorge der ost- und mitteleuropäischen Mitgliedstaaten vor zu viel staatlichen Eingriffen dazu beigetragen, dass es im Ministerrat keine Mehrheit für strengere Regulierung auf EU-Ebene gegeben habe. Schließlich sei die Regulierung der Finanzmärkte auch in den USA zu lax gewesen und die EU habe weder den Mut noch die Kraft aufgebracht, um sich gegen diese Entwicklung zu stellen. Langen fasste zusammen, Auswüchse des Finanzmarktes, wie beispielsweise überzogene Boni-Zahlungen, seien auch immer Zeichen politischen Fehlverhaltens.

Auf die Frage hin, ob sich Leistungs- und Verteilungsgerechtigkeit gegenwärtig noch die Balance hielten, gab Leterme zu bedenken, soziale Gerechtigkeit allein reiche nicht aus. Den dänischen Flexicurity-Ansatz betrachtet der Außenminister als ein Zukunftsprojekt für die Soziale Marktwirtschaft. Ferner müsse verstärkt in Bereiche wie Bildung und nachhaltige Entwicklung investiert werden. Langen pflichtete dieser

SACHBERICHT
EUROPABÜRO BRÜSSEL
NOVEMBER 2009

www.eukas.eu

Einschätzung bei: Leistungsgerechtigkeit dürfe nicht hinter Verteilungsgerechtigkeit zurücktreten. In diesem Zusammenhang wurden staatliche Leistungen als eine Gefahr für die Leistungsgerechtigkeit bewertet. Jedoch auch das Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit habe im Verlauf der Finanzmarktkrise Schaden genommen. Exemplarisch wurden überzogene Boni-Zahlungen an Banker genannt. Um soziale Gerechtigkeit wieder herzustellen, müssten ferner die Inflationsbekämpfung sowie die Haushaltskonsolidierung ernst genommen werden. In Bezug auf Deutschland müsse man eine Exitstrategie aus der Neuverschuldung finden - lange vor dem vereinbarten Jahr 2013.

Auf eine Zuhörerfrage hin, ob sich das deutsche Wirtschaftssystem – insbesondere mit Verweis auf den Fall Opel - nicht von der Sozialen Marktwirtschaft zu einer Planwirtschaft entwickle, gab Langen zu bedenken, staatliche Leistungen zur Unterstützung einzelner Unternehmen hätten immer negative Auswirkungen auf den Wettbewerb. Politik beinhalte jedoch stets das Schmieden von Kompromissen. Die Europäische Kommission kritisierte er dafür, dass sie im Rahmen der Rettung deutscher Landesbanken zu langsam reagiert habe. Leterme fügte hinzu, größere Mitgliedstaaten seien geneigt, nationale Lösungswege zur Rettung von Unternehmen europäischen Entscheidungen vorzuziehen. Als Beispiel nannte er das Handeln Deutschlands im Fall Opel. Vor diesem Hintergrund plädierte Leterme für gemeinsame europäische Rettungspakete.

Beim Thema Mindestlohn waren sich die Diskutanten einig, ein einheitlicher europäischer Mindestlohn sei aufgrund der divergierenden Sozialsysteme der Mitgliedstaaten nicht tragbar. Gemäß Langen sollten andere Themen wie beispielsweise die geringe Geburtenrate prioritär behandelt werden. Zur Überwindung des demographischen Problems wurde von Seiten Kaps u.a. auf die Notwendigkeit einer europäischen Migrationspolitik verwiesen und die US-Migrationspolitik als positives Beispiel hervorgehoben.

Auf die Frage hin, welche Unterschiede er zwischen der belgischen und der deutschen Wirtschaft sehe, verwies der Außenminister darauf, dass - obwohl beide Ökonomien exportabhängig seien - Deutschland regionale bzw. globale wirtschaftliche Schwankungen besser abfedern könne, da die BRD über einen stärkeren Binnenmarkt verfüge.

Abschließend fasste Kaps die Debatte mit einem Zitat von Ludwig Erhard, dem Begründer der Sozialen Marktwirtschaft, zusammen: „Ich bin in der letzten Zeit allenthalben erschrocken, wie übermächtig der Ruf nach kollektiver Sicherheit im sozialen Bereich erschalle. Wo aber sollen wir hinkommen und wie wollen wir den Fortschritt aufrechterhalten, wenn wir uns immer mehr in eine Form des Zusammenlebens von Menschen begeben, in der niemand mehr die Verantwortung für sich selbst zu übernehmen bereit ist und jedermann Sicherheit im Kollektiv gewinnen möchte. Ich habe diese Flucht vor der Eigenverantwortung drastisch genug gekennzeichnet, wenn ich sagte, dass, falls diese Sucht weiter um sich greift, wir in eine gesellschaftliche Ordnung schlittern, in der jeder die Hand in der Tasche des anderen hat.“

Lisa Scholz, Robert Wegmann und Joscha Ritz